

03.04.2017

Aktuelle Stunde

**auf Antrag
der Fraktion der CDU**

Aufklärung muss Chefsache sein – Landesregierung muss im Fall Amri drängende Fragen beantworten

Das Vorgehen der Landesregierung bei der Aufklärung eines möglichen Versagens von Behörden und Politik im Fall des Berlin-Attentäters Anis Amri war bisher schon von Intransparenz und Widersprüchen geprägt. Neue Enthüllungen vom Wochenende zum Umgang der Staatskanzlei und des Innenministeriums mit dem Fall wecken ganz erhebliche Zweifel am Aufklärungswillen der Landesregierung.

Im Landtagsplenum am 25. Januar 2017 hatte die Ministerpräsidentin zur Beauftragung des Regierungsgutachters im Fall Amri gesagt, dass dieser „von den Regierungsparteien unabhängig“ sei und „Zugang zu allen Dokumenten und Akten“ erhalte. Er werde zudem „völlig autark arbeiten.“ Nicht einmal einen Tag nach der Veröffentlichung wurde jedoch öffentlich, dass das Gutachten offenbar nicht alle relevanten Vorgänge in seine Untersuchung einbezogen hat. Eine Anregung der zuständigen Ausländerbehörde Kleve beim Innenministerium für eine Abschiebeanordnung gegen Amri kommt darin nicht vor. Mittlerweile ist auch bekannt, dass beim Gutachter ein ganz erheblicher Interessenkonflikt vorliegt, der Zweifel an seiner Unabhängigkeit aufkommen lassen muss. Er verhandelt derzeit mit einer nordrhein-westfälischen Universität über die Bedingungen einer Professur. Obwohl die Landesregierung von dem Berufungsverfahren Kenntnis hatte, beauftragte sie den Gutachter. Der Öffentlichkeit und selbst dem eigenen Koalitionspartner wurde diese Information jedoch verschwiegen. Die Grünen fordern deshalb mittlerweile ein neues Gutachten. Die Ministerpräsidentin muss sich erklären, wie es dazu kommen konnte und warum die Öffentlichkeit nie über dieses Berufungsverfahren informiert wurde. Letztlich muss sie auch darlegen, wie die Landesregierung das Gutachten nun einschätzt.

Auf ihrer Jahresauftaktpressekonferenz am 11. Januar 2017 sagte die Ministerpräsidentin zum Fall Amri: „Wir sind es den Opfern schuldig, dass wir alles daran setzen, die Vorgänge aufzuklären und erneut die richtigen Schlüsse ziehen.“ Die in der Bild am Sonntag vom 2. April 2017 öffentlich gewordenen Inhalte von E-Mails aus ihrer Staatskanzlei legen jetzt dagegen den Schluss nahe, dass sich die engsten Mitarbeiter der Ministerpräsidentin kurz nach dieser

Datum des Originals: 03.04.2017/Ausgegeben: 03.04.2017

Ankündigung daran machten, die Rolle Nordrhein-Westfalens zu relativieren und wichtige Informationen zu vertuschen. Wie schon nach der Kölner Silvesternacht sollte die Aufklärung zur eigenen Verteidigung offenbar behindert werden. Die Gefahr des Islamisten Amri sollte verharmlost, mögliche Fehler anderen Behörden außerhalb Nordrhein-Westfalen zugeschoben werden. Auch zu diesen Enthüllungen muss sich die Ministerpräsidentin dringend erklären. Hat sie für diese Handlungen den Auftrag gegeben? War sie im über das Agieren ihrer Mitarbeiter im Bilde?

Die Ministerpräsidentin hat immer wieder erklärt, dass sie trotz der Arbeit des Untersuchungsausschusses bei ihrem Innenminister keine Fehler erkennen könne. Die Ministerpräsidentin muss erklären, ob sie angesichts der im Ausschuss in der vergangenen Woche gewonnenen Erkenntnisse, der Enthüllungen durch Medien und den offenkundig gewordenen Widersprüchen bei ihrer Einschätzung bleibt und sich die Darstellung von Herrn Jäger weiterhin zu eigen macht.

Bei einem hochsensiblen Thema wie dem größten islamistischen Terroranschlag in Deutschland durch einen Gefährder aus Nordrhein-Westfalen muss Aufklärung Chefsache sein. Die jüngsten Entwicklungen sowie die Enthüllungen vom Wochenende erfordern eine Stellungnahme der Landesregierung. Es ist daher notwendig, dass sich der Landtag mit dieser Thematik in einer Aktuellen Stunde befasst.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper

und Fraktion